

ledige Personen	4,20 M
die ältere Angehörige zu unterhalten	8,-
haben	7,-
eine Familie ohne Kinder	12,-
mit 8 Kindern	12,-

Eine Familie mit 4 Kindern erhält gleichfalls 12 M Unterstützung. In besonders schweren Fällen wird aus einer Arbeitslosenklasse besondere Unterstützung gemährt. Diese Hilfsklasse ist aus den bestehenden Wohltätigkeitsfonds gebildet worden.

Leipzig. Die von der Stadt eingerichtete Arbeitslosenfürsorge stellt keine festen Unterstützungsbeträge vor. Es soll von Fall zu Fall nach den Verhältnissen des die Unterstützung nachsuchenden über die Höhe der Unterstützung entschieden werden. Wer ein Anrecht auf Unterstützung durch Gewerkschaften oder sonstige Klassen hat, wird aus städtischen Mitteln nicht unterstützt. Voraussetzung der städtischen Unterstützung ist, daß der Arbeitslose seit dem 1. Juni 1914 in Leipzig wohnt und durch eine längere Arbeitslosigkeit in Not geraten ist.

Münberg. Vom städtischen Kriegsfürsorgeamt und dem Räumereauschuß ist ein Entwurf zur Einführung von Arbeitslosenunterstützung beraten. Der Entwurf sieht folgende Unterstützungssätze vor:

für eine erwachsene männliche Person	6,- M die Woche
weibliche	5,-
ein Ehepaar	9,-
jedes Kind	1,50

Obige Sätze sollen als Mindestsätze gelten. Anderweitige an die Arbeitslosen bezogene Unterstützungen sollen zu einem noch nicht festgelegten Prozentsatz auf die städtische Unterstützung angerechnet werden. Mitglieder von Gewerkschaften, die von den Gewerkschaften Unterstützung beziehen, erhalten den städtischen Zuschuß durch die Gewerkschaften mitausbezahlt. Der Entwurf bedarf noch der Zustimmung des Stadtmagistrats und der städtischen Kollegen.

Steglitz b. Berlin. In der Berliner Vorortgemeinde Steglitz ist seit dem 2. September die Arbeitslosenunterstützung eingeführt. Die Kontrolle der Arbeitslosen und die Auszahlung der Unterstützung erfolgt durch die Gewerkschaften Groß-Berlins. Voraussetzung der Unterstützung ist, daß der Arbeitslose mindestens 14 Tage arbeitslos ist und seit dem 1. August 1914 in der Gemeinde Steglitz wohnt. Die Gemeinde bezahlt 50 Prozent Zuschuß zu den Sätzen der Arbeitslosenunterstützung, die von den Gewerkschaften bezahlt werden, doch darf die Gesamtsumme der Unterstützung höchstens für Verheiratete 13 M und für Ledige 10 M nicht übersteigen. Ist das der Fall, wird der Zuschuß der Gemeinde entsprechend gekürzt oder er kommt in Wegfall. Nichtbezugsberechtigte oder von den Gewerkschaften ausgesetzene Arbeitslose erhalten als Verheiratete 6 M, als Unverheiratete 4,50 M Unterstützung die Woche. Wenn die Unterstützungssätze der Gewerkschaften so niedrig sind, daß mit dem Zuschuß der Gemeinde (50 Prozent) die Sätze von 6 M für Verheiratete und 4,50 M für Ledige nicht erreicht werden, wird der Zuschuß der Gemeinde um so viel erhöht, daß die genannten Mindestsätze erreicht werden.

Weimar. Von der Stadt sind vorläufig 50 000 M aus Gemeindegeldern zur Unterstützung der Arbeitslosen bewilligt worden. Die Kontrolle der Arbeitslosen erfolgt durch den paritätischen Arbeitsnachweis. Die Unterstützung beträgt die Woche für:

ledige Arbeiter	7 M
verheiratete Arbeiter ohne Kinder	10
mit bis 2 Kindern	12

und für jedes weitere Kind 1 M die Woche mehr. Außer der Unterstützung erhalten sowohl ledige als verheiratete Arbeitslose die Woche 3 M Zuschuß. Wenn der Unterstützte durch Verbandsunterstützung und Nebenberuf mehr als 3 M die Woche Einkommen hat, wird die städtische Unterstützung um den Betrag gekürzt.

Kriegsanleihen.

Den Erfolgen der deutschen Heere stehen die Leistungen des deutschen Wirtschaftens in dem bisherigen Verlauf des Krieges ebendartig zur Seite. Zeigten schon die ersten Tage nach dem Kriegsausbruch, daß die Kraft der deutschen Volkswirtschaft nicht nur im Auslande, sondern vielfach auch im Inlande unterschätzt worden war, so erbrachten die Ergebnisse der Kriegsanleihezeichnungen einen Beweis, der eine unüberlegbare, eiserne Sprache spricht. Von dem am 4. August vom Reichstag bewilligten fünf Milliardenkredit sollte zunächst nur ein Teil fällig gemacht werden, man hatte ursprünglich auf etwa 2 Milliarden Mark gerechnet, eine Summe, deren Ausbringung bei einer Anleihezeichnung in wenigen Tagen gewiß auch nicht gering zu veranschlagen gewesen wäre. Doch die Zeichnungen hatten ein Ergebnis, das auch die günstigsten Erwartungen überstieg, es wurden 4 460 728 900 M, also fast 4 1/2 Milliarden Kriegsanleihen gezeichnet.

Als die Botschaft von England zu Beginn des Krieges ihren offiziellen Beschäftigungssatz von 4 auf 8 und 10 Prozent erhöhte, glaubte sie offenbar auch diese Maßnahmen auch zugleich die Kreditwirtschaft Deutschlands in allgemeine Unordnung versetzen zu können. Ausgegangen ist diese Erwartung von der Voraussetzung, daß der deutsche Kreditmarkt sich nicht als ein so starkes Fundament bei ihrer gewaltigen Entlastung in verhältnismäßig kurzer Zeit fester Grundlagen erweise. Diese Bewertung der deutschen Volkswirtschaft ist in ihrer ganzen Unsicherheit durch die glänzenden Anleiheresultate nun auch dort offenbar geworden, wo man die deutschen Wirtschaftsverhältnisse bislang nicht begreifen konnte. In des Reiches 19. und 20. Jahrestage des vergangenen Jahresabends wurde gebot, wenn man von der vermeintlichen Kapitalarmut Deutschlands sprach, an einen wirtschaftlichen Zustand unseres Landes, der in kaum mehr als drei Jahrzehnten einem völlig anders gearteten Geschehen Platz gemacht hat. Die in Europa beispiellose wirtschaftliche Umwälzung der deutschen Volkswirtschaft in einer so kurzen Zeit führte zur Kapazität umgehender Kapitalien, alle Ansprüche der Industrie, des Handels, des Verkehrs, nicht den Erfordernissen, die Staaten, Städte und andere Körperschaften an den deutschen Kapitalmarkt stellen, konnten durch eigene Mittel befriedigt werden, obwohl zugleich seit einer Reihe von Jahren der deutsche Kapitalmarkt auch dem Inlande in steigendem Umfang zugänglich gemacht wurde. Als es 1871 hier, Frankreich sollte 5 Milliarden Kriegsanleihen zeichnen, schickten sieh gerade Hunderte nach Paris und wählten, warum in diesen Tagen ein Finanzmarkt wieder einsetzte, eine solche Leistung sei unmöglich. Aber das waren Milliarden Frankreichs, nicht Milliarden Mark. In den 5 Milliarden Franken lassen sich für die Einzahlung und rund 200 Millionen fällige Kriegsanleihen, davon 200 Millionen von Paris. Der Gesamtbeitrag machte 4450 Millionen Mark, wovon 260 Millionen Mark für die abgetretenen Gebiete in Elsas-Leitungen in Höhe kamen. Es blieben also noch 4200 Millionen Mark, die in Leihzahlungen, zuletzt im Jahre 1873 überwiegend in Italien und Belgien bezogen wurden. Jetzt aber werden in Deutschland mindestens 4 1/2 Milliarden Mark an Kriegsanleihen gezeichnet.

Nach der Mitteilung der Reichsbank ist die Statistik der Zeichnungen erst für ungefähr 2 1/2 Milliarden angefertigt, wenn man sie etwa in gleichem Verhältnis auf die gesamte Zeichnung überträgt, so stellt sich die Zahl der Einzahlungen auf etwa 1 500 000, was hiervon entfallen auf die Zeichnungen von 100 und 200 M nicht weniger als 200 000, auf die von über 200 bis 2000 M nicht weniger als 700 000, an diesen kleinen Zeichnungen sind also 900 000 Einzahlungen beteiligt. Selbst dieser Betrag, der fast 200 Millionen über die Erwartungen und ihre Erklärer geschätzt worden. Diese

Zahlen ergeben, was man auch schon vorher wußte, daß die weitesten Kreise des Volkes die Beteiligung an der Uebernahme der Kriegsanleihe als eine selbstverständliche Pflicht ansehen, deren Befolgung getragen war von der Zuversicht und dem Vertrauen zu dem Geschick Deutschlands. Durch die Zusammensetzung der Zeichnungen für die erste Kriegsanleihe wird auch die Gewißheit gestärkt, daß einer zweiten Anleihe ein nicht minderer Erfolg beschieden sein würde.

Volkspflege-Kriegsversicherungskasse.

Mit Genehmigung des Kaiserlichen Aufsichtsamts für Privatversicherung errichtet die Volkspflege, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft in Hamburg, über die Dauer des Krieges 1914 eine Volkspflege-Kriegsversicherungskasse.

Der Zweck der Kasse ist, den Hinterbliebenen der im Felde Gefallenen und der durch Verwundung oder Krankheit infolge des Krieges Gestorbenen nach Beendigung des Krieges zur Ueberwindung der ersten Not eine größere Summe Geldes zur Verfügung zu stellen. Das Risiko des Todes ist bei dem jetzigen Kriege für alle Beteiligten ein sehr großes. Es ist deshalb für die Angehörigen aller Kriegsteilnehmer wichtig und empfehlenswert, sich durch Beteiligung an der Kriegsversicherungskasse für den eintretenden Fall den Anspruch auf eine beträchtliche Summe zu erwerben.

Die Volkspflege stellt diese Versicherungsmöglichkeit im Einverständnis mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und mit dem Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine allen Angehörigen und Fremden von Kriegsteilnehmern irgendwelcher Art im ganzen Deutschen Reich in ungenüßigster Weise zur Verfügung. Auch in Deutschland wohnende Angehörige von Kriegsteilnehmern bei dem verbündeten österreichischen Heere können Anteilnahme erwerben.

Um die Beteiligung allen Kreisen zu ermöglichen, werden Anteilsscheine zu 5 M auszugeben. Für einen zu Verschwendenden können nicht mehr als 20 Anteilsscheine erworben werden. Familienangehörige, Verwandte, Freunde, Arbeitgeber, Kollegen, Genossen, gewerkschaftlich, genossenschaftliche, politische oder sonstige Vereine können auf den Namen eines Kriegsteilnehmers zugunsten bestimmter Empfangsberechtigter Anteilsscheine erwerben.

Die ganze auf Anteilsscheine eingegangene Summe wird nach Beendigung des Krieges nach dem Verhältnis der Zahl der verstorbenen Kriegsteilnehmer und der für sie entnommenen Anteilsscheine reiflos aufgeteilt und an die Empfangsberechtigten zur Auszahlung gebracht.

Der Bezug und die Begahlung der Anteilsscheine kann bei dem Hauptbüro der Volkspflege in Hamburg 5, Beim Strohhause Nr. 38, und bei deren sämtlichen Rechnungsstellen in den größeren Orten des ganzen Deutschen Reiches erfolgen.

Die Vermittlung zur Erwerbung von Anteilsscheinen übernehmen alle Orts- und Bezirksvereinigungen der Generalkommission angeschlossenem Gewerkschaften sowie alle dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angehörenden Konsumvereine und deren Sekretariate. Je größer die Zahl der Beteiligten, um so legensreicher das Resultat!

Die Volkspflege-Kriegsversicherungskasse ist aufgebaut auf dem sozialen Grundgedanken: Alle für einen und einer für alle.

Der glücklich mit dem Leben dahinkommende Kriegsteilnehmer hilft der Familie des minderglücklichen Kameraden! Ein großes Werk praktischer Kriegshilfe soll geschehen! Wer praktische Kriegshilfe für die Familien verstorbenen Kriegsteilnehmer leisten will, der laufe für die Anteilsscheine der Volkspflege-Kriegsversicherungskasse in Hamburg.

Der Aufsichtsrat der Volkspflege.

G. Bauer.

Der Vorstand der Volkspflege, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft. A. von Elm. Fr. Reiche.

Bedingungen der Volkspflege-Kriegsversicherungskasse.

§ 1.

Die Volkspflege-Kriegsversicherungskasse gewährt den Hinterbliebenen von Angehörigen des deutschen Heeres und der deutschen Marine und den Hinterbliebenen von Angehörigen des österreichisch-ungarischen Heeres und der österreichisch-ungarischen Marine, deren Domizil bis zum Ausbruch des Krieges das Deutsche Reich war, sowie denen, die zur Kriegsdienstleistung angezogen sind oder freiwillig am Krieg teilnehmen, einen Versicherungsauspruch für den Fall, daß der Tod des verstorbenen Kriegsteilnehmers während seiner Teilnahme an dem im Jahre 1914 ausgebrochenen Kriege oder innerhalb dreier Monate nach Friedensschluß infolge einer während der Kriegsdienstleistung erlittenen Verletzung, Verunglückung oder Entkräftung eintritt.

§ 2.

Die Mittel zur Befriedigung dieser Ansprüche werden durch Voreinzahlungen der beteiligten Personen aufgebracht. Für jeden Kriegsteilnehmer können bei der Volkspflege-Kriegsversicherungskasse einmalig oder wiederholt Anteilsscheine erworben werden, die auf den Namen des Versicherenden lauten und je 5 M kosten. Für einen Kriegsteilnehmer dürfen insgesamt nicht mehr als 20 Anteilsscheine gelöst werden.

§ 3.

Die Versicherung beginnt mit der Leistung der Voreinzahlungen, oder mit der Einzahlung bei der Post, sofern die unmittelbare Todesursache des Versicherten bis zu diesem Augenblick noch nicht eingetreten war. Einlagen, die nach Eintritt der unmittelbaren Todesursache geleistet worden sind, berechtigen zu keinem Anspruch und werden zurückbehalten.

Verstorbene, welche in der Erwartung, zur Kriegsdienstleistung herangezogen zu werden, Anteilsscheine erworben haben, oder für die Einzahlungen geleistet sind, erhalten, wenn sie zur Kriegsdienstleistung nicht herangezogen werden, auf Antrag den eingezahlten Betrag zurück. Der Antrag ist spätestens drei Monate nach Friedensschluß dem Vorstande der Volkspflege einzureichen.

§ 4.

Die Kriegskriegskasse sind der Volkspflege unentgeltlich, spätestens jedoch vier Monate nach Friedensschluß anzugeben und durch behördliche Papiere nachzuweisen. Bei späteren Angaben besteht kein Anspruch auf die Leistungen; jedoch sollen nicht ausschließlich angemeldete Kriegskriegskasse, welche der Volkspflege innerhalb der genannten Frist auf anderem Wege bekannt geworden sind, als rechtzeitig angerechnet werden. Den Verstorbenen werden diejenigen Versicherer gleichgestellt, welche vier Monate nach Friedensschluß als Berechtigter in den amtlichen Listen aufgeführt werden. Der Nachweis hierfür ist von den Angehörigen herbeizuführen.

§ 5.

Der Versicherungsauspruch richtet sich nach der Summe der Voreinzahlungen bei Beendigung des Krieges, nach der Anzahl der Versicherer und der auf diese gelieferten Anteilsscheine. Die Summe der Einzahlungen wird nach dem Kriege im Verhältnis der auf die Versicherer entfallenden Anteilsscheine aufgeteilt.

Die Voreinzahlung ist spätestens sechs Monate nach Friedensschluß gegen Rückgabe der Anteilsscheine an diejenigen Personen erfolgen, zu deren Gunsten die Versicherung abgeschlossen wurde. Die Volkspflege ist ohne weitere Prüfung der Empfangsberechtigung zur Auszahlung an den Versicherer der Anteilsscheine berechtigt. Abhängigkeiten können schon früher gelöst werden.

Die von der Volkspflege mit unserer Einverständnis eingeleitete Versicherungsmöglichkeit entspricht den Interessen Organisationen zu trotziger Bewahrung.

Gewerkschaftliche Zentral-, Bezirks- und Ortsvereinigungen, Kollegien einzelner Gewerkschaften können durch Entnahme von Anteilsscheinen die Angehörigen infolge des Krieges verstorbenen Kollegen in wirksamer Weise unterstützen. Konsumvereine können die aus ihren Personalien ins Feld gezogenen Angehörigen allein oder in Gemeinschaft mit den Angehörigen versichern; sie können auch unbemittelten Angehörigen die notwendigen Summen zur Lösung von Anteilsscheinen aus den Rücklagen ihrer Mitglieder zur Verfügung stellen.

Jedenfalls bitten wir unsere Organisationen, die Angehörigen aller am Kriege teilnehmenden Mitglieder auf die Volkspflege-Kriegsversicherungskasse aufmerksam zu machen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. E. Regele. Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. H. Kaufmann. Dr. Aug. Müller. S. Bästlein.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 11. Oktober der 42. Wochenbeitrag für die Zeit vom 11. bis 17. Oktober 1914 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet: Der Verwaltungsstelle Wegesatz 10 1/2 pro Woche. Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Für nicht wieder ausnahmefähig wird erklärt: Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Lübeck: Der Klempner Paul Richter, geb. am 2. Juli 1889 zu Penig, Buch-Nr. 1.044962, wegen unkollegialen Verhalten und Denunziation.

Aufforderung zur Rechtfertigung. Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Bezirksleitung im 4. Bezirk: Der Former Emil Korman, geb. am 14. November 1882 zu Stettin, Buch-Nr. 2.025771, wegen Markenmanipulationen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Weimar: Der Former Karl Trenk, geb. am 20. Mai 1868 zu Nordhausen, Buch-Nr. 1.09977, wegen Unterschlagung von Beitragsmarken.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgarter, Mühlstraße 16 a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Mühlstraße 16 a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bewerten, wofür das Geld vereinnahmt ist. Mit kollegialen Gruß Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Gelbgießer und Gütler.

Berlin. Die Lage in der Gelbmetallindustrie. Da die Gelbmetallindustrie seit dem Ausbruch des Krieges fast völlig zum Stillstand gekommen ist, so haben die Metallformer und Gießereiarbeiter, die hauptsächlich in den Betrieben der Gelbmetallindustrie beschäftigt sind, unter großer Arbeitslosigkeit zu leiden. Wie in einer Versammlung der Metallformer und Berufsgenossen ausgeführt wurde, hatte dieser Beruf unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges 212 Arbeitslose (183 Former und 31 Gießereiarbeiter). Nach der Kriegserklärung stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 552 (378 Former und 174 Gießereiarbeiter). In letzter Zeit ist die Arbeitslosenzahl auf 414 (283 Former und 131 Gießereiarbeiter) zurückgegangen. Von den Betrieben, die für die Metallformer in Frage kommen, wurden nach dem Ausbruch des Krieges 30 Betriebe mit 400 Arbeitern geschlossen. 4 Betriebe mit 160 Arbeitern verfürzten die Arbeitszeit, ohne Entlassungen vorzunehmen. 11 Betriebe mit 418 Arbeitern nahmen außer der Arbeitszeitverlängerung auch Entlassungen vor. 18 Betriebe mit 685 Arbeitern hielten den vollen Betrieb aufrecht. Für 20 Betriebe liegen keine Feststellungen vor. Daß die Zahl der Arbeitslosen neuerdings etwas zurückgegangen ist, kommt daher, daß ein Teil der Arbeitslosen Berlin verlassen oder in anderen Betriebszweigen Arbeit gefunden haben. Rund 300 Angehörige des Berufs haben beim Militär. Die für den Gebotsbedarf arbeitenden Großbetriebe, in denen auch Metallformer beschäftigt sind, haben voll auf zu tun und machen Ueberstunden, zum Teil in sehr ausgedehntem Maße. Mit lebhaftem Bedauern wurde bemerkt, daß einzelne Firmen, die mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband im Tarifverhältnis stehen, die Bestimmungen des Tarifs nicht beachten. In dieser Hinsicht wurde angeführt, daß die Firma Kustulz Ueberstunden machen läßt, aber die tarifmäßigen Zuschläge nicht bezahlt, und daß die Firma Schorsch die den neu-eingestellten Arbeitern niedrigere Löhne zahlt, als im Tarif vorgesehen sind. Ferner wurde bemerkt, daß die Firma Schotta in Mariendorf Lohnabzüge gemacht hat. Das Verhalten dieser Firmen wurde scharf getadelt, ebenso die große Ausbeutung des Ueberstundenmenschen. Wenn sich auch in den vollbetriehten Betrieben die Ueberstunden nicht ganz vermeiden ließen, so müsse doch Maß gehalten werden. Im übrigen wurde den Angehörigen des Berufs nahegelegt, dahin zu wirken, daß in den Betrieben, wo Arbeitsmangel herrscht, die Arbeitszeit verlängert wird, damit Entlassungen nach Möglichkeit vermieden werden. Die Metall-, Fasson- und Revolverdreher sei befand sich vor dem Kriege in einer Krise, wenn auch nicht einer so großen wie zuweilen früher. Mit dem Kriege aber trat eine fast völlige Stodung ein. Nur einzelne Zweige der Gelbmetallindustrie haben infolge des Krieges eine bessere Geschäftslage zu verzeichnen. So hat eine vorgenommene Zählung circa 300 Arbeitslose ergeben. Es wären noch erheblich mehr, wenn nicht schon eine Anzahl in anderen Branchen Arbeit gefunden hätte. Es ist anzunehmen, daß es etwas besser wird, da die Unternehmer bei Anbruch des Krieges planlos und ohne Ueberlegung durch Schließung und Einschränkung ihrer Betriebe die Krise vergrößert haben. Weiter ist zu erwarten, daß ein Teil der Metallformer in Eigenbetrieben unterkommen kann, da in diesen Betrieben zum Teil durch Gesetzesaufträge eine gewisse Geschäftslage besteht. Dies ist um so mehr zu erhoffen, als unter den Metallformern eine Anzahl sehr wohl sich für die Eisen- und Maschinenbetriebe eignen. Es wäre billig zu verlangen, daß die Unternehmer diese geeigneten Kräfte berücksichtigen. Auch für einjährige Arbeiter in der Eisenindustrie könnten passende Kräfte aus den Reihen der Metallformer genommen werden. So könnten die Unternehmer mithelfen, der Arbeitslosigkeit in der Gelbmetallindustrie etwas zu fernern. Der Arbeitsnachweis des Metallarbeiter-Verbandes würde ihnen hier in hochgradiger Weise bei der Auswahl der Arbeiter zur Seite stehen. Beziehen sich nun Deutschen Metallarbeiter-Verband betätigte in einer Versammlung, daß es eine Reihe von Metallformern gebe.

die durchaus in Eisenbetrieben arbeiten können. Leider können dieselben dort nicht unterkommen, weil aus ihren Papieren hervorgeht, daß sie Metall-, aber nicht Eisenarbeiter sind. Die Metallarbeiter würden selbstverständlich sich damit abfinden, wenn sie in Eisenbetrieben in der ersten Zeit nicht so viel verdienen würden wie die Eisenarbeiter. Die Unternehmer müßten sich ernstlich dazu bequemen, mehr Arbeiter als bisher aus der Metallindustrie heranzuziehen. Die Arbeiter in der Metallindustrie fördern manche Fragen über schlechte Verteilung der Arbeit in einzelnen Betrieben zutage. Es ist auch vorgekommen, daß Metallarbeiter entlassen und an ihre Stelle ungelernete Arbeiter, Arbeitsbüchsen etc. angenommen wurden.

Metallarbeiter.

Vielefeld. Die jetzige Geschäftslage der Vielefelder Metallindustrie. Unsere Stadt gehört auch zu den Orten, wo die Arbeitslosigkeit einen besonders großen Umfang erreicht hat. Fast das ganze drückende Wirtschaftsleben beruht auf dem Wohlgehen der Metallindustrie. Und in ihr nehmen bekanntermaßen die Betriebe der Nähmaschinen- und Fahrradindustrie die tonangebende Stelle ein. Eine gute Geschäftslage und eine große Zahl Beschäftigter in diesen Betrieben bedeutet für Vielefeld und die näheren Vororte nicht nur ein Emporblühen gemeindepolitisch, sondern auch wirtschaftlich. Das für Industrieorte abgeänderte Sprichwort: „Hat der Arbeiter Geld, hat es die ganze Welt!“ ist auch jetzt noch nicht außer Gang gesetzt. In diesen Zeitaltern hat es mehr denn je seine Bedeutung. Diese Betriebe also, die unserer Stadt neben der heimischen Leinen-, Textil- und Wäscheindustrie das Gepräge geben, sind sofort nach Ausbruch des Krieges ins Stoden geraten. Das lag gewiß nicht in der Absicht der Kriegsverwaltung, aber die Handelsbeziehungen, die im friedlichen Wettbewerb der Völker seit Jahrzehnten geknüpft worden sind, und die eigentlich das Wohlwollen unseres gesamten Wirtschaftslebens bilden, sind zerfallen und es werden Jahre vergehen, ehe die Schäden geheilt werden können, die uns mit einem Schlag beibringt worden sind. Die heimische Nähmaschinen- und Fahrradindustrie ist auf die Ausfuhr angewiesen, und gerade die Länder, die zu unseren Hauptabgabengebieten gehört haben, befinden sich mit uns im Kriegszustand. Vielefelder Nähmaschinen gingen nach Rußland und Frankreich, Fahrräder nach Frankreich, Belgien und anderen Staaten. An eine Ausfuhr ist jetzt nicht zu denken. Ein großer Teil der Unternehmer hat daher auch kurz nach der Mobilmachung bedeutende Betriebsbeschränkungen vorgenommen, indem sie nur an einigen Tagen in der Woche arbeiten ließen. Andere Betriebe dagegen sind vollständig stillgelegt worden. In den ersten Tagen des allgemeinen Drudes waren neben den Nähmaschinen- und Fahrradfabriken auch der größte Teil der übrigen Betriebe der Metallindustrie dazu übergegangen, Arbeiterentlassungen vorzunehmen. In einzelnen Fällen — die aber auch nur Einzelfälle geblieben sind — haben Unternehmer und nachgerade Beamte versucht, den Arbeitern Verschönerungen der Arbeitsbedingungen anzubieten, die sofort von zufriediger Stelle bekämpft worden sind. Wenn wir die gegenwärtige Beschäftigung in den einzelnen hiesigen Betrieben verfolgen, dann kommen wir nach den Angaben der Arbeiter zu folgenden Ergebnissen: In den Nähmaschinen- und Fahrradfabriken ist mit Ausnahme der Firma G r o d e, die ihren Betrieb beinahe ganz stillgelegt hat, bisher nur zwei und drei Tage gearbeitet worden. Ein großer Teil der Arbeiter muß außerdem andauernd feiern. Ein kleinerer Betrieb (Firma W i t t l e r) ruht ebenfalls vollständig. Immerhin befinden sich in einzelnen Großbetrieben noch einige Abteilungen, die heute noch volle Beschäftigung haben. Es kommen hier solche Abteilungen in Betracht, die staatliche Aufträge auf Nähmaschinen haben. Im Maschinenbau in den U n t e r - W e r k e n wird zurzeit ebenfalls noch voll gearbeitet, während im Maschinenbau ebenfalls nur zwei bis drei Tage gearbeitet wird. Im U r t e m s b a u der Firma D ü r k o p p war bisher noch volle Beschäftigung vorhanden, es sollten sogar Überstunden geleistet werden. In den Betrieben, die Fahrzeugteile herstellen, ist eine Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten. Die Firma F r o b e f e läßt zurzeit nur fünf Stunden am Tage arbeiten. Es ist allerdings eine Verlängerung dieser Arbeitszeit in Aussicht gestellt. Dagegen darf ausgesprochen werden, daß in einigen Maschinenfabriken nahezu voll gearbeitet wird. So war bei der Firma G i l d e m e i e r nur eine geringe Verkürzung der Arbeitszeit vorgenommen worden, und wenn die Leser diese Zeilen in die Hand bekommen, wird in diesem Betriebe jedenfalls die regelmäßige Arbeitszeit nahezu erreicht sein. Auch die Firma D r o p & K e i n ist von dem ungeheuren Sturm bis jetzt wenig berührt, denn auch hier wird voll gearbeitet, es sind sogar vor einigen Tagen Entlassungen erfolgt. Anders sieht es dagegen in einer Reihe anderer Maschinenfabriken aus. Bei K u r m a n n ruht der Betrieb und bei F i c h e r & K r e d e arbeitet nur ein Teil der Leute. Ähnlich sieht es noch bei einer Anzahl Betriebe der gleichen Branche aus. Von den K e s s e l s c h m e d e n wird bei der Firma G r o n e m e y e r & B a n d 9 1/2 Stunden gearbeitet, während die Firma K. & Th. M ö l l e r schon seit längerer Zeit wesentliche Verkürzungen der Arbeitszeit vorgenommen hat. In den A r m a t u r e n f a b r i k e n scheint der Geschäftsgang fast ebenso schlecht zu sein, wie in der Nähmaschinenindustrie. Nur der Betrieb von K ü l l e n & S a l e m e y e r läßt annähernd voll arbeiten, und zwar 7 1/2 bis 8 Stunden täglich. Dagegen arbeiten die Leute bei W i t t e r nur zum Teil. Bei der Firma V o g e l j a n g wird wöchentlich dreimal ein halber Tag gearbeitet und am drei Tagen geleiert. In diesem Betriebe könnte gewiß bei einigem guten Willen eine andere Regelung der Arbeitszeit eintreten. Der Betrieb von Z u h o r n & W e l l a n d ruht beinahe ganz. In den einzelnen Eisenwerkereien ist die Arbeitszeit ebenfalls sehr vermindert. In einigen Betrieben ist auch heute noch die normale Arbeitszeit vorhanden, während Feilerarbeiten in ausdehnendem Maße in anderen Werkereien zur Einführung gelangen müßten. Ein besonders flotter Geschäftsgang herrscht im S t a n z - u n d P r e s s e w e r k b r a u e r e, wie auch in den V e r e i n i g t e n K a m m e r i c h e n W e r k e n. Diese Firmen haben Seeres- und Marineleistungen. Es sind auch hier Neueinstellungen von Arbeitskräften zum Teil erfolgt. — Im allgemeinen ist aber das Bild über den Beschäftigungsgrad ein recht unerschütterliches. Das ergibt sich nicht nur aus dem vorstehenden kurzen Überblick über die verschiedenen Betriebe unserer heimischen Industrie. Eine bezeichnende Sprache reden die Zahlen der Arbeitslosen und die Summen, die vom Deutschen Metallarbeiter-Verband an die arbeitslosen Mitglieder gezahlt worden sind und in Zukunft noch gezahlt werden müssen. Jetzt sehen es auch die Gegner ein, daß die Gewerkschaften es sind, die große und gewaltige Aufgaben für das gesamte Volkswohl lösen. Und da dürfen wir wohl fragen: Wird man jetzt noch die Gewerkschaften als lästige Friedensstörer betrachten, wie das in Friedenszeiten so oft geschieht, ist oder werden offene und heimliche Gegner endlich ihre Kulturlosigkeit anerkennen? Gerade die Tatsache, daß die Gewerkschaften, wie überhaupt die Arbeiterbewegung, in jeder Zeit die Arbeiterkraft vor dem Verlust bewahrt, ist eine so große Kulturleistung, daß sie einfließt, wenn die Geschichte dieser Zeit geschrieben wird, von keinem Forscher und wahrheitsliebenden Geschichtsschreiber übergangen werden kann. Die Gegner der Arbeiterbewegung müssen lernen und die kulturfördernde Wirksamkeit der Arbeitervereinigungen anerkennen. Es wird heute schon in Wort und Schrift nicht allzu häufig angegeben, welche ungeheure Erlebensarbeit von den Gewerkschaften geleistet wird. In der neuesten Nummer des K u n s t w o r t schreibt Paul B r ö c k e r, der sich selbst als scharfer Gegner der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bezeichnet, folgendes über die Gewerkschaftsbewegung: „Es ist mit ihrem Wesen verknüpft, daß sie die Masse umgibt zu einem Heer von persönlichkeitsbewußten Gliedern, daß sie aus der willenlosen, keine Erfahrung sammeln, nur nach Befehlen handelnden Masse eine willensstarke, Erfahrung sammelnde und Erlebnis erntende Gesellschaft formt.“ Zu einer solchen Erkenntnis bedurfte es also auf jener Seite erst des Entstehens eines Weltbrandes! Wie sehr ist die Gewerkschaften den starken Gatt der Arbeiterkraft bilden, zeigen, wie schon gesagt, die Arbeitslosenzahlen und die gewaltigen Summen, die zur Auszahlung gelangen. Von der höchsten Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind von Beginn des Krieges bis zum 19. August nicht weniger als 35 983,30 M. an die arbeitslosen Mitglieder gezahlt worden. Nicht eingerechnet

sind die Mitglieder, die verkürzt arbeiten oder aussetzen müssen. Auch hier kommen noch Leistungen in Betracht. Wenn in den letzten Wochen ein Zurückgehen der Arbeitslosenzahlen eingetreten ist, dann liegt das daran, daß Arbeiter nach den Betrieben, die für Seeresleistungen arbeiten, abgereist sind. Andererseits ist auch in einigen Betrieben eine anderweitige Regelung erfolgt, wodurch mehr Arbeiter beschäftigt werden. Immerhin ist die Zahl der Arbeitslosen und die Summen, die die Organisation zur Unterstützung ihrer Mitglieder aufwenden muß, eine sehr große. Es zeigt sich gerade in dieser Zeit der Wert des gewerkschaftlichen Zusammenstehens. Würden die Organisationen nicht mit ihrer Arbeitslosenunterstützung einspringen, dann wäre es um die Arbeitslosen noch schlimmer bestellt, trotz der Hilfe, die ihnen allerdings nur zum Teil aus Mitteln einzelner Gemeinden zuteil wird. Um aber weitere Schritte zur Behebung der Arbeitslosigkeit einzuleiten, richtete die Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes am 8. September eine Eingabe an den Arbeitergeber-Verband, die nachstehende Vorschläge enthielt: 1. In den Betrieben, die anlässlich der Mobilmachung stillgelegt wurden und in denen die Weiterführung der Produktion keine besonderen Schwierigkeiten macht, wird möglichst bald — wenn auch mit verkürzter Arbeitszeit — die Wiedereinstellung der Arbeiter erfolgen. 2. In Betrieben, in denen infolge größerer Aufträge von privater Seite oder der Militärverwaltung voll gearbeitet werden kann, ist von der Entlegung von Überstunden abzugehen. Sollte aus Mangel an Platz oder aus Mangel an Werkzeugmaschinen die Einstellung weiterer Arbeitskräfte nicht möglich sein, so wäre die Einrichtung von Doppelschichten oder drei Schichten zu acht Stunden zu empfehlen. 3. Wo in dem einen oder dem anderen Falle Überstunden gemacht werden müssen, weisen die Arbeitgeber ihre Meister an, die bisherige höhere Vergütung für Überstunden auch jetzt durchzuführen, wie überhaupt die früheren Vereinbarungen mit den Arbeitern aufrechterhalten bleiben sollen.“ In eingehender Begründung wurden die gegenwärtigen Verhältnisse der Arbeiter geschildert und der Arbeitgeber-Verband ersucht, diesen Vorschlägen beizutreten. Im allgemeinen darf ausgesprochen werden, daß diese Vorschläge auch in Kreisen der Fabrikanten, besonders durch Herrn Dr. Freiherr v. A s c h e r a d e n, Unterstützung erfahren haben. Wenigstens hat es den Anschein, als ob nicht nur mit dem Durchgänger in bezug auf die Arbeitszeit gesprochen wird, sondern es scheint auch, als ob einzelne Betriebe dazu übergehen, allmählich Neueinstellungen vorzunehmen. So sind bei der Firma D ü r k o p p an Stelle der Überstunden anderweitige Maßnahmen getroffen worden, um die Arbeiter zu beschäftigen. Außerdem wird in verschiedenen Betrieben jetzt eine Woche lang gearbeitet und eine volle Woche stillgelegt. Auch ist uns mitgeteilt worden, daß in einem anderen Betriebe, der gegenwärtig nur halbe Tage arbeiten läßt, eine Verlängerung der Arbeitszeit eintreten soll. Wenn das auch schwache Anzeichen einer Wiederbelebung des Geschäftslebens sind, so wollen wir sie doch mit Freude begrüßen. Trotzdem möchten wir uns nicht auf den Standpunkt stellen, als ob nun die schwerste Zeit der wirtschaftlichen Not vorüber ist. Wir sind überzeugt, daß wir noch alle Kraft zusammennehmen müssen, um die gegenwärtigen mißlichen Verhältnisse zu überwinden. Da darf es keine Kleinmütigkeit und Verzweiflung geben. Jetzt heißt es bei allen Teilen des Volkes zusammenhalten. Die Unternehmer und die Gemeinden müssen das ihrige dazu tun, um nach Möglichkeit Arbeitsgelegenheit zu schaffen, die Gewerkschaften werden weiter helfen in der Unterstützung der Arbeitslosen.

Rohrleger.

Berlin. Arbeitsnachweisbericht für Juli 1914.

Berufe	Arbeitslos waren am 1. Juli 1914	Arbeitslos gemeldet haben sich vom 1. bis 31. Juli 1914	In Arbeit wurden vermittelt vom 1. bis 31. Juli 1914	Arbeitslos waren noch am 31. Juli 1914
Gas- u. Wasser-Rohrleger	197	118	178	89
„ „ „ Helfer	158	147	188	87
Heizungs-Monteur	112	59	90	33
„ „ „ Helfer	72	119	158	19
Schweißer	—	2	2	—
Zusammen	539	445	606	228

Unter den 643 Vermittlungen im Juli 1914 sind 117 nach folgender Tabelle geschehen:

Berufe	Zur Ausschilfe vermittelt und nachdem die alte Nummer wieder bekommen	Vermittlung derjenigen, die zuletzt bei der betreffenden Firma gearbeitet haben	Innershalb der letzten 2 Jahre bei der Firma beschäftigt und abgefordert (§ 17 b. Beschäftigungsordn.)
Gas- u. Wasser-Rohrleger	45	5	2
„ „ „ Helfer	35	4	1
Heizungs-Monteur	4	10	5
„ „ „ Helfer	3	3	—
Zusammen	87	22	8

Rundschau.

Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften und der Gemeinden.

Während die Gewerkschaften die größten Anstrengungen machen, um durch ihre Unterstützungen die Arbeitslosen vor der größten Not zu schützen, ist bei vielen Gemeinden immer noch eine ansehnlich große Vermögenslosigkeit für die jetzt bestehende soziale Not anzutreffen. Fehlen uns auch vorläufig noch Angaben über den Umfang der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit im allgemeinen und über die Gesamtleistungen unserer Gewerkschaften an Arbeitslosenunterstützung, so läßt sich doch schon an einzelnen Beispielen erkennen, welche Anforderungen an die Gewerkschaften bei der Unterstützung der Arbeitslosen gestellt werden. Hier sei nur darauf verwiesen, was der Deutsche Metallarbeiter-Verband in den ersten Kriegswochen geleistet hat. Die Zahlen darüber sind aus den letzten Nummern der Metallarbeiter-Zeitung und aus der vorliegenden zu ersehen. In der Berliner Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes waren in der Woche vor dem Krieg auf dem Arbeitsnachweis 5001 Arbeitslose gemeldet. In der ersten Kriegswoge stieg die Zahl auf 9169, in der zweiten Woche auf 11 360, in der dritten Woche auf 11 405. Seitdem hat die Zahl der Arbeitslosen etwas nachgelassen, ist jedoch immer noch fast doppelt so hoch, wie in der letzten Woche vor dem Krieg. Es kommt das auch zum Ausdruck bei der Summe, die an Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird. Während in der letzten Woche vor Beginn des Krieges 25 571 20 M. einschließlich des Lokalaufschlages für Arbeitslose ausgegeben wurden, stieg die Summe in der zweiten Kriegswoge auf 72 573,05 M. Dabei muß noch beachtet werden, daß die Metallindustrie nicht am schwersten unter der durch den Krieg verursachten Arbeitslosigkeit zu leiden hat; zwar liegen einzelne Betriebe, die Luxusartikel anfertigen und auf die Ausfuhr angewiesen sind, gänzlich darnieder, andere dagegen, besonders die, die für den Seeresbedarf arbeiten, sind sehr stark beschäftigt.

Demgegenüber dürfte wohl erwartet werden, daß auch die Behörden in einer den Verhältnissen entsprechenden Weise das ihrige zur Behebung der Notlage, in der sich die Arbeitslosen befinden, beitragen. Leider ist das in dem Maße, wie es billigerweise verlangt werden kann, nicht überall der Fall. In Groß-Berlin bildet zum Beispiel die Stadt Berlin eine Ausnahme, die schließlich das tut, was im Augenblick getan werden kann.

Geradezu unverständlich ist es, was die Vorort-Groß-Berlin in Verbindung mit der Landesvertriebsstelle an a n f i n d e r u n g u n d d e m P r o v i n z i a l l a n d t a g zu tun beschließen. Der Provinziallandtag hat vor wenigen Tagen beschloffen, den Gemeinden, die an Arbeitslose Unterstützung zahlen, 25 Prozent ihrer Ausgaben zurückzuerstatten; auch die Landesvertriebsstelle Brandenburg beschloß das gleiche.

So schlen der Weg frei für ein Zusammenarbeiten zwischen Gemeinden und Gewerkschaften. Da stellte sich mit einemmal ein Hindernis ein durch die Anordnung des Ausschusses der Provinz Brandenburg, wonach die Unterstützung der Gemeinden nicht allgemein jedem in den Gemeinden wohnenden Arbeitslosen gegeben werden dürfe, sondern die Gemeinden sollten bei jedem Unterstützungsfall prüfen, ob eine Bedürftigkeit vorliegt. Wenn die Gemeinden das nicht täten, würden ihnen die 25 Prozent Zuschuß nicht gezahlt. Weiter ist beachtlich, in allen den Fällen, in denen die Gewerkschaften der Arbeitslosen Unterstützung zahlen, diese bei der Prüfung der Bedürftigkeit durch die Gemeinden voll in Anrechnung zu bringen. Das heißt also, wenn die Unterstützungen der Gewerkschaften so hoch oder höher sind als die Sätze, die die Gemeinden den Arbeitslosen geben wollen, dann lehnt die Gemeinde jedwede Unterstützung ab, und wenn die Sätze, die die Gewerkschaften zahlen, niedriger sind als die Sätze, die die Gemeinde zahlen will, dann legen die Gemeinden nur so viel zu, damit die Sätze der Gemeinden erreicht werden.

Um das zu verstehen, sei daran erinnert, daß die Gemeinden verschieden zahlen. Berlin zahlt zum Beispiel an Arbeitslose, die Kinder unter 14 Jahren haben, 5 M. an Arbeitslose, die keine Kinder haben, 4 M. Andere Gemeinden zahlen an Arbeiterkassen 6 M., an Unberbeitete 4,50 M. Aus diesen Zeilen ist zu ersehen, in wieweit hohem Maße den Gewerkschaften die Lasten für die Arbeitslosen auferlegt werden.

Wie groß schon die Last ist, die die Gewerkschaften allein in Berlin übernehmen, bei einem Verhältnis, wie es zwischen der Stadt Berlin und den Gewerkschaften besteht, geht aus folgender Zusammenstellung hervor: Wenn wir zwölf Personen aus den einzelnen Unterstützungsstellen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nehmen, die in der Stadt Berlin wohnen und die Gewerkschaftenunterstützung und Gemeindeunterstützung gegenüberstellen, so ergibt sich folgendes: Es erhält

ein männl. Person 12.— M vom Verb.,	— M von der Stadt Berlin
= 11.—	= 1.—
= 10.—	= 2.—
= 9.—	= 3.—
= 8.—	= 4.—
= 7.—	= 3,50
= weibl. = 6.—	= 3.—
= 5,50	= 2,75
= 5.—	= 2,50
= 4,50	= 2,25
= 4.—	= 2.—
= 3,50	= 1,75

Zusammen 85,50 M vom Verb., 27,75 M von der Stadt Berlin

Die Stadt Berlin zahlt also bei 12 Organisierten, die vom Verband Unterstützung bekommen, 27,75 M gegen 85,50 M, die der Metallarbeiter-Verband zahlt. Welche Erleichterung das für die Stadt bedeutet, kann man sich leicht ausrechnen. Zwölf Unorganisierte würden, wenn sechs von ihnen Kinder zu unterhalten haben, 54 M bekommen, ja selbst wenn alle zwölf keine Kinder zu unterhalten hätten, müßte die Stadt Berlin doch noch 48 M zu zahlen haben, also mindestens 20,25 M mehr, als sie an 12 Organisierte zahlen muß.

Gleiche Ergebnisse würden die Vororte machen, wenn sie so wie Berlin mit den Gewerkschaften Hand in Hand arbeiten. Da das aber, wie es scheint, nicht beabsichtigt wird, werden die Gewerkschaften wahrscheinlich auch keine Veranlassung nehmen, die bisherigen gewaltigen Anstrengungen noch weiter zu machen, um den Arbeitslosen zu helfen. Deshalb hat eine Versammlung von Vertretern der freien, christlichen und kirchlich-underrichten Gewerkschaften beschlossen, wenn die Vororte ihr Verhalten nicht ändern, wollen die Vorstände der Organisationen in Erwägung darüber eintreten, ob in den in B e t r a c h t k o m m e n d e n G e m e i n d e n n i c h t d i e G e w e r k s c h a f t u n t e r s t ü t z u n g g a n z a u f z u h e b e n i s t.

Eine Anzahl Gewerkschaften könnten sofort ihre Unterstützungen einstellen, andere Gewerkschaften mit Ablauf der Frist, die das Statut bestimmt; das dürfte selbst für die Gewerkschaften, die die weitestgehende Unterstützungsfrist haben, schon in einigen Wochen der Fall sein. Und dann würden die Gewerkschaften ihre Arbeitslosen zu den Gemeinden, damit diese weiter für die Staatsbürger sorgen. Gemeinden und Provinzialbehörden mögen dann erproben, ob sie bei dieser Art der Erleichterung ihrer sozialen Pflicht besser fahren. Damit dem Verlangen der Arbeitslosen nach Unterstützung bei den Gemeinden genug Gehör geschenkt wird, dürfte es vielleicht zweckmäßig sein, daß die Arbeitslosen zusammenkommen, und entweder in Kommissionen oder gleich in Gesamtheit zur Gemeindeverwaltung gehen und um Unterstützung ersuchen. Es wird sich das besonders wirkungsvoll gestalten, weil mit dem Beginn des Winters die Not noch größer wird.

Die Gewerkschaften würden dabei besonders gut fahren, weil sie dadurch ausreichend Mittel erhalten, um auch gegen eine Reihe von Unternehmern, die in keiner Weise von ihren Maßnahmen gegen die Arbeiter ablassen, zur Abwehr gerüstet zu sein.

Handelt es sich bei der Besprechung dieser Unzutraglichkeiten auch nur um die Verhältnisse in Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg, so glauben wir doch, annehmen zu dürfen, daß auch in den übrigen Landesteilen des Deutschen Reiches ähnliche Zustände anzutreffen sind, die eine Prüfung und ein gleiches Vorgehen der Arbeiter und ihrer Organisationen gebieten.

Gute Hilfe für die Arbeitslosen.

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission brachte in seinen letzten Nummern eine längere Arbeit über „Den Krieg und die sozialen Pflichten“. Sie enthält lehrreiche Auseinandersetzungen darüber, was jetzt zum Wohle der Arbeiterkraft und damit auch zum Wohle des ganzen deutschen Volkes notwendig ist. Der Schluß des in Nr. 39 enthaltenen vierten Abschnittes weist darauf hin, daß bei der ersten Auflage der deutschen Kriegsanleihe weit über den Bedarf hinaus 4,16 Milliarden Mark gezeichnet wurden und der Verfasser sagt dazu weiter:

„Angesichts dieser Erfahrungstatsache darf die Reichsregierung unbedenklich eine Milliarde für die wirtschaftliche Befestigung Deutschlands aufwenden und damit dem Wohlstand unserer heimischen Volkswirtschaft gegenüber allen Versuchen Englands, sie zu schädigen, neue Kräfte zuführen. Was unsere Volkswirtschaft stärkt, erhöht zugleich unsere Wehrkraft und erleichtert unseren auf belgischen, französischen und russischen Schlachtfeldern blutenden Heeren ihre harte Pflicht. Deshalb braucht der unmittelbaren Wehrkraft nichts entzogen zu werden, denn der Reichstag wird ohnehin bereit sein, alles zu bewilligen, was die Verteidigung des Reiches erfordert.“

Eine Milliarde für Arbeitsbeschaffung! Gäbe es eine bessere Antwort an England, das den Krieg auf längere Jahre hinauszuziehen droht?

Rundgebung von Unternehmerorganisationen.

Am 28. September hatten sich in Berlin Vertreter des Deutschen Handelsrates, des Kriegsauswichses der deutschen Handelskammer und des Deutschen Handels- und Gewerbe-Kamertages verammelt. Der Zweck dieser Zusammenkunft war eine Rundgebung gegen die von Deutschlands Feinden im Ausland gegenwärtig verbreitete Fälschung, daß Deutschland bereits Kriegsmüde sei, und ferner sollte sie zeigen, daß die deutschen Erwerbsstände und die deutsche Volkswirtschaft mehr als die der anderen Länder fähig und willens sei, diesen Krieg bis zur völligen Niederwerfung der Gegner durchzuführen.“ Aus den Reden, die dort gehalten wurden, können wir hier nur einige Äußerungen hervorheben. Geheimrat Dr. Graf v. S c h w e r i n - R ö d i c h, der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, sagte unter anderem folgendes: „Von den wirtschaftlichen Schädigungen durch den uns von nichtigen Feinden ausgenutzten Krieg wird die deutsche Landwirtschaft nicht minder betroffen als die übrigen Erwerbsstände betroffen. Abgesehen von den an unserer Ostgrenze durch den zeitweiligen Einbruch feindlicher Truppen verursachten barbarischen Verheerungen haben unsere Betriebe allgemein unter der Entziehung ihrer besten Arbeits- und Seponatkräfte und der Verteuerung aller Betriebsmittel zu leiden.“

Dennoch ist die deutsche Landwirtschaft sich heute mehr als je ihrer großen vaterländischen Pflicht bewußt, unser Heer und Volk auch während der ganzen Dauer des jetzigen Krieges ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Und dank der Erfahrung und der kraftvollen Entlohnung, welche sie durch ihre jetzt geborenen Schützlinge erfahren hat, kann sie die gewisse Zuversicht aussprechen, dieser ihrer großen Aufgabe in vollem Maße gerecht werden zu können. Ja darüber hinaus dürfen wir sogar hoffen, unser Volk vor jeder ungebührlichen Verteuerung unserer Lebensmittel bewahren zu können, sofern die von den landwirtschaftlichen Vertretungen hierfür vorgeschlagenen und von der Reichsregierung bereits vorbereiteten Maßnahmen getroffen werden. Alle auf eine Auszehrung unseres Volkes berechneten Hoffnungen unserer Feinde werden an der heutigen Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft zu scheitern. Auch die Landwirtschaft will, wie alle anderen deutschen Erwerbsstände, den Krieg fortgeführt sehen und alle Lasten des Krieges willig auf sich nehmen, bis wir uns nicht etwa nur wertlose papierene Versprechungen, sondern tatsächliche Verhältnisse erkämpft haben werden, die eine Sicherung dafür bieten, daß wir in absehbarer Zeit nicht wieder trotz aller Friedensliebe meuchlings von neidischen Nachbarn überfallen und in unserer friedlichen kulturellen und gewerblichen Arbeit gestört werden können.

Vandrat a. D. Richter, der Vorsitzende des Zentralverbandes deutscher Industrieller, sprach als Vertreter des Kriegsaussschusses der deutschen Industrie und führte unter anderem folgendes aus:

„Der letzte acht Wochen in Deutschland mit offenen Augen miterleben konnte, der weiß: alle Deutschen sind von Anbeginn des Krieges an einzig gewesen in dem unbegrenzten Vertrauen zu unseren Streitkräften zu Lande und zu Wasser. Und alle sind einzig in der Bereitschaft zu jedem Opfer! Dabei wird kein Aufhebens gemacht. Es ist alles einfach selbstverständliche Pflicht, der kategorische Imperativ unseres großen, europäischen Philosophen regiert auch heute noch deutsches Wesen vom Palast bis zur Hütte. Die deutsche Industrie weiß ebenso wie jeder im Worte: die unermesslichen Verluste müssen getragen werden und werden freudig getragen, eine klare Verständigung gibt es nicht, die deutsche Industrie wird nur in einem siegreichen Deutschen Reiche fortbestehen. Zu diesem Siege aber wird uns Gott und unsere gerechte Sache führen.“

Für den gleichfalls im Kriegsaussschuß vertretenen Bund der Industriellen sprach dessen Vorsitzender Kammerrentier Friedrichs folgendes:

„Lobd George hat gesagt, dieser Krieg werde durch die letzte Milliarde gewonnen, und hat damit sagen wollen, sie werde von dem reichen England aufgebracht werden. Nun, das glänzende Resultat unserer Kriegsanleihe spricht eine eherne Sprache. England hat einen Faktor verloren, mit in Rechnung zu ziehen: die Eingebung einer ganzen Nation zur Verteidigung ihrer höchsten Güter. Wir sind für diesen Krieg nicht verurteilt, Kaiser und Volk wollten den Frieden. Aber gerade das Aufblühen Deutschlands im Frieden war England ein Dorn im Auge, und deshalb wurde dieser Krieg angezettelt. Wer die Verantwortung für diesen Krieg zu tragen hat, muß ein robustes Gewissen haben. Wir sind mit reinem Gewissen und blankem Ehrenschilde in den Krieg eingetreten. Weil die Nation das weiß, sind alle Gegenstände erloschen und aller Streit der Parteien ist verstummt. Dieser Einigkeit gibt auch die heutige Versammlung Ausdruck, um der Welt zu zeigen, daß alle Erwerbsstände operbereit hinter dem Kaiser und der Regierung stehen. Die durch uns vertretene Exportindustrie hat vielleicht mehr als alle anderen Erwerbsstände gelitten. Wir sind aber bereit, alle weiteren Opfer auf uns zu nehmen und das Beste hinzugeben, um einen dauernden Frieden zu erkämpfen.“

Dermeister Placé (Hannover), Vorsitzender des Deutschen Handwerks- und Gewerbesammtverbandes, betonte:

„Auch das Handwerk will, daß ein Frieden erreicht wird, der die dauernde Gewähr für die ruhige und stetige Weiterführung der deutschen Wirtschaft bietet. Mag das noch harte Opfer kosten, sie müssen getragen werden. In diesem Geiste der wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit aller deutschen Erwerbsstände wird das deutsche Handwerk seinen Platz nach besten Kräften ausfüllen und allen Opfern zum Trotz im Kampf zum Sieg aushalten.“

Schließlich wurde folgende Erklärung einstimmig zum Beschluß erhoben:

„Ein furchtbarer Krieg ist gegen uns in Brand. Eine Welt von Feinden hat sich verbündet, um das Deutsche Reich politisch und wirtschaftlich zu vernichten. Voll Jörn und Begeisterung hat, um seinen Kaiser geschaut, das deutsche Volk sich einmütig erhoben. Jeder unserer Krieger in Heer und Flotte weiß, daß es sich um Sein oder Nichtsein des Vaterlandes handelt. Daher haben unsere Waffen ihre glänzenden Erfolge errungen, daher wird ihnen der Sieg beschieden sein. Hierfür bürgt uns die Stärke und Gesundheit unserer Volkswirtschaft, der beispiellose Erfolg, der mit fast 4 1/2 Milliarden Mark gezeichneten Kriegsanleihe. Wohl hat der Krieg uns schwere wirtschaftliche Lasten auferlegt, freudig sind sie für das Vaterland übernommen. In jedem weiteren Opfer bereit, sind alle Teile des deutschen Wirtschaftskreisens, Landwirtschaft, Industrie, Handel und Handwerk, einmütig entschlossen, bis zu einem Siege durchzuhalten, das den ungeheuren Opfern dieses Krieges entspricht und dessen Wiederkehr ausschließt. Dazu wird die gesicherte Grundlage gegeben sein für neue Blüte, neue Macht, neue Wohlthat des Deutschen Reiches.“

Diese Erklärungen sind ohne Zweifel der gegenwärtigen Zeit angemessen. Hoffen wir, daß die bei dieser Gelegenheit vertretenen Unternehmerorganisationen nun auch recht nachdrücklich ihren Einfluß bei solchen Unternehmern geltend machen, die sehr wenig im Geiste dieser Erklärungen handeln, ja sogar in schimpflichem Eigenaushaus der Not der Zeit noch einen besondern Gewinn zu ziehen suchen. Die Arbeiterpresse, darunter auch unser Verband, haben in den letzten Wochen leider recht viele von solchen Unternehmern nachhaft machen müssen. Die Vertretungen der organisierten Arbeiterschaft haben unterlassen, Kundgebungen zu veranstalten. Sie sind aber auch nicht nötig, denn die organisierte Arbeiterschaft hat durch die Zeit schon hinreichend bewiesen, daß auch sie bereit ist, alle Opfer zu tragen, ja sogar Leib und Leben hinzugeben, um das deutsche Volk vor Unterdrückung zu bewahren. Doch gibt es in Deutschland Handwerkerstände von waffenfähigen Männern, die ebenso denken und bereit sind, dem Rufe zu den Waffen zu folgen. Sie werden aber auch nur dann ihre Schulpflicht tun können, wenn sie bis dahin die Möglichkeit haben, sich ausreichend zu ernähren, damit sie nicht erkranken an dem Feind geführt werden. Darum sollte man für diese Möglichkeit durch Unterstützung der Arbeiterschaft, Schaffung von Arbeitsstellen und Beschäftigung einer Arbeitsunterstützung. Nach dem, was man uns in den letzten Wochen mitgeteilt hat, ist die wirtschaftliche Möglichkeit dazu vorhanden. Es kann aber nur durch planmäßiges Zusammenarbeiten von Regierung, Unternehmerorganisation und Arbeiterschaft geschehen. Jetzt muß der persönliche Eigenaushaus ausgeschlossen werden, jetzt gilt das Wohl der Gesamtheit. Geht dies, dann mag kommen, was will, nur, aber auch nur dann wird das deutsche Volk den Kampf bestehen!

Schwarzschere auch während des Krieges.

Die Volkswirtschaft in Düsseldorf zeigt sich leider gezeichnet, eine Anzahl von Firmen an den Rängen zu stellen, die auch während des Krieges nicht können, Arbeiter drei Monate lang auszuschütten, bis es ihnen einem Grunde — was ist es? — gelungen ist, ein paar von ihnen zurückzubringen. Es sind folgende, die Arbeitsgebervereinsgruppe von Oberbiller angehörige Firmen:

De Fries & Co. Düsseldorf, Kührerindustrie, Düsseldorf, Eisen- und Drahtindustrie, Ehrenreich & Co. S. Geiger, Straßberger Salzwerk

Söderjag & Hingen, Hartung, Ruhn & Co. Klein, Lehmann & Co. D. Giesh. Krieger Stahlwerk, Oberbiller Stahlwerk, Höhnig, Piesboeuf, Oberbiller Piesboeuf-Gitter, Pies- und Walzwerk, Gens, Viebe, Sarkort, Wilhelm Heinrich-Werk, Woeste & Co. Gebr. Jnden. In Düsseldorf gehören der Reinigung an: Halle, Zellaring & Co. Capito & Klein. Deutsche Maschinenfabrik und die Firma Glender.

Jetzt kann der Kriegsaussschuß der deutschen Industrie zeigen, ob es ihm ernst ist mit den schönen Worten, die seine Vertreter bei verschiedenen Gelegenheiten gesprochen haben. Wenn dies der Fall ist, so muß er dieser Unternehmerversammlung die Schwarzschere abgehandeln. Wir werden ja sehen, was kommt. Vielleicht auch steht der kommandierende General vom 7. Armee-Korps diese Treiberlein etwas genauer an.

Vom Ausland.

Norwegen.

Norwegen teilt das Los der europäischen Staaten, die zwar nicht unmittelbar am Kriege beteiligt sind, aber doch unter seinen wirtschaftlichen Folgen zu leiden haben. Der norwegische Eisen- und Metallarbeiter-Verband ist ebenfalls nicht verschont geblieben. Im Juli hatte er 108 arbeitslose Mitglieder. Die Zahl stieg im August auf 523. Das sind 3 Prozent der Gesamtmitgliedschaft. Diese Zahl erscheint ja immer noch nicht erschreckend hoch, sie zeigt aber doch deutlich die Wirkung des Krieges. Außerdem arbeiten viele Mitglieder in verkürzter Arbeitszeit. In einigen Orten trat sogar solche Lohnmangel ein, daß die Unternehmer sich genötigt sahen, den Arbeitern Guthabens zu geben, damit sie ihre wichtigsten Bedarfsgegenstände einkaufen konnten. — Der Verbandshandlung sah sich unter diesen Umständen veranlaßt, im letzten Heft der Verbandszeitschrift darauf hinzuweisen, daß das Verbandsvermögen im Verhältnis zur Mitgliederzahl nicht groß sei und daß er deshalb besondere Bestimmungen über das Unterhaltungswesen treffen müsse. Reiseunterstützung soll nur an solche Mitglieder bezahlt werden, die nachweislich am Bestimmungsort ihrer Reise Arbeit zugeteilt erhalten haben. Arbeitslosenunterstützung erhalten nur solche, die ohne ihr Verschulden entlassen werden, da der Verband die Staatsbeihilfe zur Arbeitslosenunterstützung notwendig braucht und diese nur für solche Fälle ausbezahlt wird, wo das Mitglied ohne sein Verschulden die Arbeit verliert. Da das Storting (Abgeordnetenshaus) kürzlich beschloß, daß die Regierung den Zuschuß an die Arbeitslosen auf Antrag um die Hälfte erhöhen kann, hat auch der Verbandsvorstand eine entsprechende Eingabe gemacht.

Kanada.

Das Arbeitsministerium in Ottawa veröffentlichte nun seinen dritten Bericht über die Gewerkschaftsbewegung Kanadas — des nördlichen Nachbarlandes der Vereinigten Staaten — woraus hervorgeht, daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von 133 132 (1911) auf 160 120 (1912) und auf 175 799 (1913) zunahm. Von 1911 auf 1912 betrug der Mitgliederzuwachs 26 988, von 1912 auf 1913 betrug er 15 679. Im Jahre 1913 verteilten sich die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Kanadas auf 2017 Ortsvereine (1912 1883), wovon 1792 Ortsvereine mit 149 577 Mitgliedern „internationalen Verbänden“ angehörten; dazu kommen noch 13 kanadische Verbände mit 191 Ortsgruppen und 34 kanadische Lokalvereine mit zusammen 26 222 Mitgliedern. Die Mitgliederzahl der kanadischen Organisations nach 1913 von 23 731 auf 26 222 zu, also um 2491 oder 10,5 Prozent; die Mitgliederzahl der kanadischen Ortsgruppen von internationalen Organisationen stieg von 136 339 auf 149 577 oder um 9,6 Prozent.

Die internationalen Organisationen, die ihre Tätigkeit auf Kanada erstrecken, sind die britischen Verbände der Maschinenbauer (Amalgamated Society of Engineers) und der Zimmerer, sowie 99 Verbände, die ihren Sitz in den Vereinigten Staaten haben; unter diesen Verbänden befinden sich die meisten amerikanischen Metallarbeiterverbände, nämlich 19 (einschließlich der Maschinen- und Feiler) mit zusammen 4970 Mitgliedern auf kanadischen Boden. In Kanada gibt es drei selbständige Vereinigungen von Maschinenbauern (Machinists), aber keine sonstige selbständige Metallarbeiterorganisation. Die selbständigen kanadischen Organisationen bestehen vorwiegend aus französisch sprechenden Einwohnern der Provinz Québec. — Trotz der verhältnismäßig geringen Zahl der organisierten Arbeiter bestehen in Kanada zwei Gewerkschaftszentralen, nämlich der Trades and Labour Congress of Canada (der von der American Federation of Labor anerkannt ist) und die Canadian Federation of Labour, der nur selbständige kanadische Vereinigungen angehören; die letztere Zentralorganisation erstreckt die Vertretung der kanadischen Ortsvereine von den Zentralverbänden in den Vereinigten Staaten, was freilich nicht zum Vorteil der Arbeiterschaft ausfallen würde, da besonders kanadische Verbände keine große Gesamtmitgliedschaft und keine beträchtlichen Vermögensbestände aufbringen könnten.

In Kanada ist seit Ausbruch des europäischen Krieges Handel und Wandel ebenfalls zu einem großen Teil lahmgelegt und es herrscht eine umfangreiche Arbeitslosigkeit, die noch in fortwährender Zunahme ist. Die Erde ist leer und ausfallen und es finden bedeutende Beschäftigungen von Schreie aus anderen Lebensmitteln nach Großbritannien statt.

Besonders bemerkenswert ist, daß die in Kanada ansässigen Sapanzer, die bisher bei den Kanadiern, die eine japanische Kolonisation planten, recht unbeliebt waren, der Regierung des Ansehens machten, ein Regiment japanischer Soldaten zur Hilfe für Großbritannien zu stellen. Die Regierung lehnte das Angebot vorläufig mit der Begründung ab, daß die erste kanadische Truppenabteilung nach Europa bereits nachlässig sei. Die Gesamtzahl der in Kanada 1911 ansässig gewesenen Japaner betrug nur 9021, wovon allerdings weitaus die meisten erwachsene Männer waren.

Im Gegensatz zu den Billergemeinden in Kanada noch höherer als in den Vereinigten Staaten. Im Jahre 1911 waren von den 7 297 000 Einwohnern Kanadas 3 997 000 oder 54,1 Prozent Briten (einschließlich der Irländer), 2 055 000 oder 28,5 Prozent Franzosen, 338 000 oder 4,6 Prozent Deutsche, 129 000 oder 1,8 Prozent Österreicher und Ungarn (darunter Polen, Rumänen und Juden), 108 000 (1,5 Prozent) Skandinavier, 105 000 Indianer u.

Die Einwanderung nach Kanada ist sehr umfangreich, sie betrug im Verwaltungsjahr 1913/14 324 857 Personen, 1912/13 402 432, 1911/12 354 237 Personen u. Von den im Verwaltungsjahr 1913/14 zugelassenen Einwanderern stammten aus den Vereinigten Staaten 139 009, aus Großbritannien und Irland 150 542 und aus allen anderen Ländern zusammen 112 881. Die Zahl der deutschen Einwanderer betrug nur 4936, die Zahl der eingewanderten Österreicher und Ungarn nur 26 729, wovon ebenfalls weitaus die meisten Schiffe waren. Die Einwanderungsbeschränkungen sind in Kanada möglicherweise die gleichen, wie in den Vereinigten Staaten, doch werden weder an Zahl noch verhältnismäßig so viel Personen zurück- oder ausgehoben als in den Vereinigten Staaten; in Kanada betrug die Zahl der

Jahr	geborenen	ausgewanderten	Zusammen
1912	52	766	1281
1911	1912	972	959
1910	1911	2210	784
1909	1910	1115	734
1908	1909	609	1748
1907	1908	1172	825
1906	1907	440	201

Wanderer (Deportiert) werden die Fremden, die kanadischen Boden in gesetzlicher Weise betreten, sei es, daß sie die Einwanderungsbeschränkungen umgehen oder daß sie einer bestehenden Grund der

Ausstellung von der Einwanderung vermeintlich, aber daß sie im Verlauf von fünf Jahren der Wohlthätigkeit zur Last fielen. Im laufenden Verwaltungsjahr 1914/15 wird der Umfang der Einwanderung ziemlich gering bleiben.

Literarisches.

Das Recht während des Krieges. Der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin, hat ein überaus wertvolles kleines Buch mit dieser Ueberschrift herausgegeben. Alle die vielen durch den Krieg aufgeworfenen Streitfragen auf rechtlichem Gebiete werden in klarer und übersichtlicher Weise behandelt. Jedem ist es ermöglicht, sich bei nur einigem Nachdenken auf dem ihn angehenden Rechtsgebiete leicht zurechtzufinden. Aus den behandelten Rechtsfragen heben wir hervor: Aus den Kriegsnotgesetzen, Arbeitsvertrag und Krieg, Abzahlungs-geschäfte und Mietrecht, der Krieg und die laufenden Verträge, besonders der Kaufvertrag, Arbeiterversicherung und Krieg, Angestelltenversicherung und Krieg, Familienrecht und Krieg, die Familienunterstützung der zum Krieg Eingezogenen u. Der billige Preis des 80 Seiten starken, im Füllformat erscheinenden Buches von 30 S. ermöglicht jedem die Anschaffung. Wir empfehlen die Anschaffung auf das angelegentlichste. Zu beziehen ist das Best durch alle Buchhandlungen.

Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. (Verlag von Georg Reimer in Berlin.) — Nr. 12 des 19. Jahrgangs enthält: Der Einfluß des Krieges auf den Arbeitsvertrag und die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Von Rechtsanwalt Dr. Baum. Selbsthilfe der Unternehmer und Arbeiterverbände. Von Magistratsrat Woelbling. — Rechtsprechung: Deutsche Gewerbe- und Berufsgerichte (Mannheim, UG. Chemnitz, Charlottenburg). — Deutsche Kaufmanns- und Berufsgerichte (München, Mannheim). — Reichsgericht (5. Strafsenat). — Andere deutsche Gerichte (UG. Mainz). — Einigungsämter und Kollektivverträge: Gewerkschaftslogos und Tarifverträge. Das Tarifamt der Buchdrucker und der Klerik. — Recht des Arbeitsvertrages: Verfügung des Reichsamt des Innern betr. Ausübung des Notgesetzes über Ausnahmen von Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter. Wettbewerbserbort bei Filmschauspielern. Von Gerichtsdirektor Dr. Hellwig. — Allgemeines: Amtliche Gewerbe- und Kaufmannsgerichts-Statistik. Verfügung des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe betr. Weiterbeschäftigung von Angestellten und Arbeitern nach der Mobilmachung. Bitte der Angestelltenverbände an die Arbeitgeber. — Verbandsangelegenheiten: Einjendung von Urteilen und Notizen betr. den Kriegszustand.

Verbands-Anzeigen.

- Mitglieder-Versammlungen.**
(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.)
Samstag, 10. Oktober:
Soll Schwab. Bierkeller, 8 Uhr.
Langenfelde. Obermühlenteller, 7/9.
Salzweber. Konrad Blum, halb 9.
Eberhard. Weidenberg, halb 9.
Montag, 12. Oktober:
Görlitz (Formner u. Gießereiarbeiter).
Gude, Diebels Brauerei, 8 Uhr.
Dienstag, 13. Oktober:
Rheinberg (Bauschloher u. Juttall).
Verbandsheim Rathenau, 8 Uhr.
Wittenberg. Zentralfabrik, halb 9.
Mittwoch, 14. Oktober:
Boizenburg a. d. E. Sonne, 8 Uhr.
Rheinberg. (Geweuerde.) Verbands-
haus der Metallarbeiter, halb 9 Uhr.
Wismar. Arbeiterheim, punkt halb 9.
Donnerstag, 15. Oktober:
Saggingen. Zum Strohmack, 8.
Saggingen-Altona-Garb. (Feilen-
arbeiter.) Baule, Gde Kohlhöfen
und Neustädter Straße, 8 Uhr.
Freitag, 16. Oktober:
Karlshöhe. Gambinushalle, 6 Uhr.
Leipzig i. S. Neue Sorge, 9 Uhr.
Samstag, 17. Oktober:
Hagenfeld. Eifenstr. 25, halb 9.
Kugelsburg (Bauschloher). Wacht am
Rhein, 8 Uhr.
Bitterfeld. Hohenzollern, halb 9 Uhr.
Buchum (Feilenarbeit). Fing, 8 Uhr.
Wustlan. Deutsches Haus, halb 9.
Chemnitz (Bauschloher). Wollshaus, 1/9.
Chemnitz (Elektromont.) Nordpol, 1/9.
Chemnitz (Lederer u. Zinkfischer).
Vollshaus, halb 9 Uhr.
Döbeln. Muldenterrasse, 8 Uhr.
Borsdorf (Elektromont u. Wälder).
Dries. Bräuerweg 28, halb 9 Uhr.
Eutzingen. Brauerei Hähle, halb 9.
Frankfurt a. M. (Spengl. u. Juttall).
Gewerkschaftshaus, Kollatz, halb 9.
Görlitz (Schmiede). Gde. Kreuz, 1/9.
Görlitz. Wiele. Grünmühlenteller, 1/9.
Garnitz. Gewerkschaftshaus, halb 9.
Kellerbach. Lustiges Gde, 9 Uhr.
Röthen. Goldener Engel, halb 9.
Riesenburg-Schiffstadt. Winger, 9.
Reich. Gewerkschaftshaus, halb 9 Uhr.
Rittweide. Hofgarten, 9 Uhr.
Dyrdorf. Alter Schützenhof, halb 9.
Friedrich L. F. Jellies Hof, halb 9.
Rudolfsdorf. Gambinushaus, halb 9 Uhr.
Schmölln. S. H. Gold. Adler, halb 9.
Waltersh. Friedrichsroda. Per-
mannsburg, Friedrichsroda, halb 9.
Weihenfeld. Vollshaus, halb 9 Uhr.
Wilmshaus. Rützingen (Schloher
u. Schmied). Halbweid, halb 9.
Zwickau (Klempner). Edelweiß, 1/9.
Sonntag, 18. Oktober:
Barmen - Elberfeld - Bohwinkel.
Jugendheim, Bohwinkel, 10 Uhr.
Bohnum-Gattungen. Kerfing, 10.

- Vertrauensleutezusammenkünfte.**
Chemnitz (Bauklampner). Dienstag,
20. Okt., abends halb 9 Uhr, in
d. Kumbacher Bierhalle, Sonnenstr.
Rheinberg (Elektromonteur). Samst.,
17. Oktober, abends 1/9 Uhr,
im Verbandshaus, Erdgeschoss.

- Bekanntmachungen der Orts-
verwaltungen etc.**
Berlin. Reisegeleit wird nur morgens
von 9-10 Uhr oder nachmittags
von 4-5 Uhr, Aufenthaltunter-
stützung nur von 9-10 Uhr morgens
ausbezahlt.
Karlshöhe. Sonntag, 25. Okt., mittags
2 Uhr, vierteljährliche Gene-
ralversammlung in der Gewerkschafts-
zentrale. Anträge, die zur
Beratung kommen sollen, müssen
bis Montag, 19. Okt., bei der Orts-
verwaltung eingereicht sein.
Eutzingen u. Umgebung. Samstag,
31. Okt., abends 8 Uhr, im Fest-
saal des Gewerkschaftshaus, Ge-
neralversammlung für das
dritte Quartal. Tagesordnung:
1. Rassenbericht vom dritten Quar-
tal. 2. Beratung von Anträgen.
Anträge, die zur Beratung kommen
sollen, müssen spätestens bis Samst.,
17. Oktober, bei der Orts-
verwaltung eingereicht sein.

- Gefahren.**
Sudowade. Richard Kierbach,
Metallarbeiter, 27 Jahre, im Felde
gefallen.

- Privat-Anzeigen.**
(Aufpassen betr. die Arbeiterfrage sind niemals an die Redaktion, sondern
sind nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.)
—) Zwänge, jährliche Heizung-
monteur u. Helfer zum sofortigen
Preis gem. Emdorf & Anes.
München. Sudowadestr. 88.
Louis Wachenhausen, geb. 13. 10.
1853 zu Herzberg a. S. früher
wiederholt in Belber (Hind.) be-
schäftigt, jetzt unbekanntem Aufent-
halte, wird in einer Nachlassange-
legenheit um Angabe seiner Adresse
gebeten. Reichsamt des Innern,
Elberfeld, Dombhof 21. [2440
—) Erfahrener Werkzeugmacher,
evtl. als Werksmeister für Metall-
geschäft bedingt gesucht. Die Stel-
lung ist dauernd und gut bezahlt.
Vollshaus. Elektricitätsge-
schäft m. S. S. Rassel.
—) Der Wilmshaus (Schloher) Petrus
Reinelt, geb. 9. 5. 1886 zu Wustlan
bei Wilmshaus, ist zuletzt in Berlin,
wird er sucht, seine Adresse an das Redak-
tionsamt der Metallarbeiter-Zeitung
in Reichsamt des Innern, L. S. gelangen zu lassen.
Verwaltungen, denen die Karte be-
kannt ist, werden um Nachricht gebeten.

Druck und Verlag von Alexander Schilde & Cie., Buchdruckerei und Verlag,
Stuttgart, Kisteplatz 16 B.